

### Aus dem Reichsetat.

I.

Bei den Einnahmen des Etats des Auswärtigen Amtes sind 41 835 Mark mehr an Gehältern der Konsulatsbeamten eingestellt; die fortwährenden Ausgaben weisen zunächst ein Mehr von 32 900 Mark auf, welches sich durch die Schaffung einer neuen Direktorstelle unter Beibehaltung der Stelle eines vortragenden Rats und eines ständigen Hilfsarbeiters bei der Konsulatsabteilung ergibt; das Weitere findet sich ein Mehr von 22 200 Mark bei den Beauftragungen für Vermehrung des unteren Beamtenpersonals und den obigen Vermehrungen entsprechend ein Mehr von 10 000 Mark an Wohnungsgeldzuschüssen. Der Etat der Gesandtschaften, Konsulate und Schutzgebiete ergibt bei einer Gesamtausgabe von 7 093 500 Mark ein Plus von 70 950 Mk., welches durch die Schaffung von Stellen zweiter Kanzlisten bei den Gesandtschaften in Venedig und Brüssel und bei der Botschaft in Konstantinopel, durch die notwendig gewordene Anstellung eines zweiten Dolmetschers in Peking, Gehaltszulagen bei der Gesandtschaft in Rio de Janeiro, wo trotz der erheblich gestiegenen Preise aller Bedürfnisse die Dotationen seit 1875 keine Vermehrung erfahren haben, durch die Erhöhung der Dotation des Botschafters in Rom, welche bekanntlich seit 1893-94 vom Reichstage abgelehnt, für welche aber für den Fall der erneuten Beantragung die Annahme in Aussicht gestellt wurde, durch die Befolgung eines zweiten Dragomans bei dem Generalkonsulat in Konstantinopel, eines zweiten Dragomans bei dem Konsulat in Petersburg, je eines Sekretärs in Lissabon, Stockholm, Neapel und Tientsin entsteht. In Kamerun, wo bisher der zweite Sekretär die Postgeschäfte wahrnahm, soll ein besonderer Postbeamter angestellt werden, wodurch ein Aufschwung von 8750 Mark zum Gehalt des Sekretärs, welcher die Postverwaltung leitete, fortfällt. Die russische Sprache soll vom 1. April 1894 an unter die ordentlichen Lehrgeschäfte des orientalischen Seminars aufgenommen werden; es würde daraus eine Mehrausgabe von 2250 Mark entstehen. Schließlich wird bei den fortwährenden Ausgaben beantragte, das Extraordinarium für unvorhergesehene Ausgaben, welches in den letzten 3 Jahren durchschnittlich um mehr als 100 000 Mark überschritten werden mußte, von 250 000 Mark auf 300 000 Mark zu erhöhen. Bei den einmaligen Ausgaben ist zu erwähnen der Zuschuß für Südwestafrika mit 732 700, für Ostafrika mit 1 000 000 Mark.

Ueber die Thätigkeit des Orientalischen Seminars wird in einer besonderen Denkschrift berichtet, daß im Wintersemester 1892 die Zahl der Mitglieder 94 betrug, von denen 47 sich dem Dolmetscherdienste widmeten, während 47 für private Zwecke in Studien oblagen. Im Sommersemester 1893 betrug die Zahl der Mitglieder 76, von denen 47 sich dem Dolmetscherdienste widmeten, während die übrigen private Zwecke verfolgten; 11 Mitglieder haben im letzten Sommersemester durch Ablegung der Diplomatenprüfung ihre Studien zu Ende gebracht und zwar 3 im Chinesischen, 2 im Japanischen, 1 im Arabisch-Marokkanischen und 5 im Griechischen.

Im Etat des Reichsamts des Innern sind bei den Einnahmen des Reichspatentamtes wieder 179 000 Mark mehr als pro 1893-94 eingestellt. Bei den fortwährenden Ausgaben erscheinen zunächst bei den Beauftragungen 23 700 Mark mehr eingestellt für einen neuen Direktor und neuen vortragenden Rat, da durch die fortgesetzte Vermehrung der Geschäfte die Trennung der ersten Abteilung sich nicht länger hinauschieben lassen soll; es soll diese Trennung derart erfolgen, daß die eine Abteilung hauptsächlich die auf dem Gebiete der allgemeinen inneren Verwaltung, die andere überwiegend die auf dem Gebiete des Handels und des Schiffsverkehrs stehenden Geschäfte umfassen soll. Bezugs finanzieller Sicherstellung des Germanischen Museums in Nürnberg haben zwischen Vertretern des Reichs, Bayerns und der Stadt Nürnberg kommissarische Beratungen stattgefunden, welche zu dem Resultate geführt haben, daß das Reich statt des bisherigen Beitrages von 48 000 Mark künftig 62 000 Mark, Bayern 18 000 Mark und Nürnberg 5200 Mark beitragen soll. Demgemäß erscheint die betreffende Position im Etat um 14 000 Mark erhöht. Die Subvention der Postdampfer ist auf 4 090 000 Mark, um 310 000 Mark ermäßigt wegen Fortfalls der Mittelmeerlinie und des regelmäßigen Anlaufens eines fremden Hafens; neu angelaufen soll dafür der Hafen von Neapel werden. Der Reichszuschuß zum Unfallsfonds ist auf 13 960 000 Mark, d. h. 1 289 075 Mark mehr als pro 1893-94, veranschlagt. Der Zuschuß zu den für das Kalenderjahr 1894 zu zahlenden Altersrenten wird auf 10 125 000 Mark, der Zuschuß zu den Invalidenrenten wird auf 3 825 000 Mark veranschlagt; die Belastung des Reichs an den auf die Dauer militärischer Dienstleistungen entfallenden Rentenanteilen werden auf 10 000 Mark geschätzt. Bei dem Etat für die Ueberwachung des Auswandererwesens ist durch die in Aussicht genommene Theilung des bisher mit dem Zentrums Hamburg bestehenden Kommissariats eine Erhöhung der Ausgaben nicht in Aussicht gebracht; es sollen fünfzig Kommissariate für das Weser-, Elb- und Dargebiet eingerichtet werden. Bei dem Etat des Statistischen Amtes ist der Betrag von 40 600 Mark mehr eingestellt für die Jahre pro 1893-94 beschlossene Ueberführung der statistischen in statistische Stellen. Es handelt sich diesmal um 20 Sekretariats-Assistenten. Auch die Geschäfte des Reichsgeheimdienstes bedürfen einer Vermehrung der Mitglieder und Unterbeamten, was einen Kostenaufwand von 34 360 Mark verursacht; gleiche Gründe sprechen für eine Vermehrung der Stellen im Patentamt und sollen deshalb zwei Mitglieder im Hauptamt und 4 technische Hilfsarbeiter, 10 Bureaubeamte, 4 Kanzleisekretäre und 6 Kanzleibereiter neu angestellt werden; die Mehrkosten hierfür sind auf 50 360 Mark veranschlagt. Diesen Vermehrungen entsprechend sind auch die ständigen Ausgaben um 40 000 Mark erhöht und ebenso sind in Folge des steten Steigens der Verordnungen die Kosten um 50 000 Mark höher in den Etat eingestellt. Im Reichsverordnungsamt soll die Zahl der ständigen Mitglieder um 4, das übrige Beamtenpersonal um 1 technischen Rechnungsbeamten, 18 Bureaubeamte und 8 Kanzleisekretäre vermehrt werden, was einen Kostenaufwand von 100 975 Mark ergeben würde. Auch bei der physikalisch-technischen Reichsanstalt sollen die Mitgliederstellen um eine vermehrt werden.

Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats erscheinen zunächst 1 075 000 Mark zur Ausstattung des Reichstagsgebäudes mit Möbeln, Beleuchtungsgegenständen, Teppichen u. s. f., ferner 60 000 Mark zur Ausschmückung des Gebäudes mit Bildwerken und Malereien, 1 100 000 Mark als erste Rate für das Kaiser Wilhelm-Denkmal, wozu Folgendes bemerkt wird:

„Auf die Vorlage vom 9. Juni 1890 betr. die Errichtung eines Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. beschloß der Reichstag am 2. Juli 1890, die Errichtung 1. über den Platz, auf welchem das Nationaldenkmal für Seine Majestät den hochseligen Kaiser Wilhelm I. errichtet werden soll, 2. über die Gestaltung des Stamballes und 3. über die Art, in welcher ein enger Wettbewerb über einen Entwurf für das Denkmal vom Reichstagskanzler ausgeschrieben ist, der Entschließung Sr. Majestät des Kaisers anheimzugeben. Nachdem der Bundesrath diesem Entschluß zugestimmt hatte, wurde auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers eine neue Preisbewerbung veranstaltet, für welche im Wesentlichen folgende Bedingungen aufgestellt wurden: 1. das Denkmal wird auf dem durch die Ueberlegung der Schloßfreiheit unter Hinzunahme eines Theiles der anstößigen Wasserfläche entstehenden Platz errichtet. Es wird von dem königlichen Schloß durch die Straße getrennt. 2. Das Denkmal erhält die Gestalt eines Reiterstandbildes. 3. Außer dem Denkmal selbst umfaßt der Wettbewerb auch die architektonische Ausbildung des Platzes einschließlich der ihn begrenzenden Ufermauer. Zur Theilnahme an dem Wettbewerb wurden neben den Siegern in der Vorankündigung, Reitz und Pfann, Schmitz, Schaper, Hilgers, Schilling und Hildebrand, vier weitere Künstler, Wegas, Dornhoff, Rümme und Siemering, aufgefordert. Vier von diesen Künstlern, Wegas, Hilgers, Schilling und Schmitz, reichten Entwürfe ein, welche längere Zeit hindurch öffentlich ausgestellt gewesen sind. Von diesen Entwürfen erschien zwar keiner zur Ausführung ohne Weiteres geeignet, allein die selben gaben doch beachtenswerthe Motive an die Hand und ließen erkennen, daß der Platz an der Schloßfreiheit ausreichenden Raum für die Errichtung eines würdigen Denkmals biete, und daß eine Veranlassung, von der Wahl dieses Platzes abzugehen, nicht vorliege.“

Um die Ausarbeitung eines endgültigen Entwurfs vorzubereiten, wurden mit den beteiligten preussischen Ressorts und mit der städtischen Verwaltung Verhandlungen über die Bereitstellung des Platzes, über die für die Ausnutzung desselben aus den Wasserflächen und aus den Bedürfnissen der Schifffahrt sich ergebenden Beschränkungen, sowie über die künftige Führung der anstößigen Straßengänge eingeleitet. Nachdem hierdurch die erforderlichen Unterlagen gewonnen waren, hat die Beschaffung eines der Ausführung zu Grunde zu legenden Entwurfs in die Wege geleitet werden können. Gegenwärtig liegt ein Entwurf vor, welcher die Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers erhalten hat. Nach demselben bleibt die Denkmalsanlage auf das östliche Ufer des Spreenals beschränkt und wird in letzteren nur soweit hineinragen, als es mit den Bedürfnissen der Schifffahrt vereinbar ist; die Anlage soll außer dem Reiterstandbild selbst aus einer den Denkmalsplatz nach dem Schiffsfahrkanal zu abschließenden Halle bestehen. Für die umfangreichen und schwierigen Gründungsarbeiten ist bereits ein spezieller Entwurf nebst Kostenanschlag von der preussischen Wasserbauverwaltung ausgearbeitet und im Ministerium der öffentlichen Arbeiten superrevidirt worden. Im Uebrigen ist die spezielle Durcharbeitung der Pläne und Umschläge, namentlich soweit es sich um die architektonischen Theile der Anlage handelt, dem Abschlus nahe. Die Ausarbeitung der Modelle für das Reiterstandbild ist dem Bildhauer Professor Reinhold Wegas in Berlin übertragen worden. Ueber die Vergebung der sonstigen Bildhauerarbeiten, namentlich des ornamental und figurlichen Schmuckes der Halle, sind Entschlüsse noch nicht gefaßt. Zu den Kosten der Denkmalsanlage wird Preußen im Voraus einen Beitrag leisten, welcher denjenigen Aufwendungen entspricht, die für den Ausbau der in die Anlage fallenden Uferwerke gemacht werden müssen, wenn das Denkmal nicht an dieser Stelle errichtet würde. Nach den von der preussischen Bauverwaltung aufgestellten Berechnungen beläuft sich dieser Betrag auf 48 450 Mark. Abgesehen hiervon sind die Ausführungskosten wie folgt berechnet: 1. Gründungsarbeiten (nach superrevidirtem Aufschlag) 920 000 Mark, abzüglich des von Preußen im Voraus zu zahlenden Beitrags von 48 450 Mark, 871 550 Mark; 2. Bildhauerarbeiten: a) Standbild nebst Sockel (Modell und Ausführung in Bronze) 1 880 000 Mark; b) die zur Architektur gehörigen Bildwerke (desgleichen) 2 500 000 Mark; 3. Bau der Ufermauer und Halle 1 565 212 Mark; 4. Rüstungen 116 684 Mk.; 5. Bauführung 224 700 Mark; 6. Insegenheim 841 854 Mark; 7. 8 000 000 Mark. Nach dem Abbruch der Häuser an der Schloßfreiheit wird der Platz für den Bau zur Verfügung stehen. Die Bauarbeiten sobald als möglich in Angriff zu nehmen, ist erwünscht, um die Entthüllung des Denkmals am 27. März 1897, der hundertjährigen Wiederkehr des Geburtstages des vereinigten Kaisers, vor sich gehen kann. Im Rechnungsjahr 1894-95 sollen die Gründungsarbeiten ausgeführt werden. Schon vorher aber ist es geboten erschienen, mit der Bearbeitung der Modelle den Anfang zu machen, wenn jener Termin eingehalten werden soll. Hiernach berechnet sich der Bedarf bis zum Ablauf des Jahres 1894-95 wie folgt: für Gründungsarbeiten 871 550 Mark, für Beschaffung der Bildhauermodelle 400 000 Mark, für Bearbeitung des Architekturprojekts, für sonstige Vorarbeiten und für Bauleitung 48 450 Mark, zusammen 1 320 000 Mark. Davon werden im Jahre 1893-94 außerordentlich zu verrechnen sein: für Bildhauermodelle 200 000 Mark, für Vorarbeiten 20 000 Mark, zusammen 220 000 Mark, jedoch für das Rechnungsjahr 1894-95 noch 1 100 000 Mark in Anspruch gebracht sind. Die verbleibenden Kostenanschläge werden bei der Etatsberatung vorgelegt werden.“

Für die Erweiterung des Dienstgebäudes des Patentamtes werden 250 000 Mark und für die Errichtung des Dienstgebäudes für das Reichsgeheimdienstamt, welche schon im vorigen Jahre genehmigt wurde, werden als erste Rate 155 000 Mark gefordert. Mit dem Bau soll im kommenden Frühjahr begonnen werden.

Im außerordentlichen Etat werden 2 110 000 Mark als letzte Rate für das Reichstagsgebäude, d. h. 1 490 000 Mark weniger als pro 1893-94 und 18 600 000 Mark, d. h. 13 400 000 Mark weniger für die Herstellung des Nordostsee-Kanals verlangt.

### Deutschland.

Berlin, 17. November. Bei den 95 preussischen Landgerichten waren die Stellen von drei Präsidenten erledigt, welche jetzt nach der „Kreuz-Ztg.“ zur Wiederbesetzung gelangt sind. So ist die Stelle des Präsidenten beim Landgericht in Greifswald durch die Ernennung des bisherigen Landgerichts-Präsidenten Brauns zum Reichsgerichtsrath frei geworden, nunmehr aber durch den Oberlandesgerichtsrath Stumpff in Frankfurt am Main wieder besetzt. Beim Landgericht in Eimburg ist die Stelle des bisherigen Präsidenten Cramer durch dessen Verlegung an das Landgericht in Wiesbaden erledigt, diese freigewordene Stelle jetzt aber, wie verlautet, durch die Ernennung des Landgerichts-Direktors Hagemann in Stade zum Landgerichts-Präsidenten in Eimburg a. d. gleichfalls besetzt. Die dritte erledigte Landgerichts-Präsidentenstelle ist die beim Landgericht in Stade, welche durch den im August d. J. erfolgten Tod des bisherigen Inhabers, Präsidenten Nolte, frei wurde, jetzt aber, wie das genannte Blatt hört, durch die Ernennung des Landgerichts-Direktors Richard in Eimburg zum Landgerichts-Präsidenten in Stade auch zur Wiederbesetzung gelangt ist.

Der Abgeordnete Fink, welcher der nationalliberalen Fraktion bisher nur als Hospitant angehört, ist derselben als Mitglied beigetreten. Der Abgeordnete Fink von Fürstberg hat seinen Platz im Reichstagssaal mitten unter den Nationalliberalen genommen. Einen ihm anfangs auf der Rechten angebotenen Platz soll er aus geschlagen haben.

Der Stolz der Antisemiten, Karl Paasch, wird jetzt denen selbst unangenehm, die ihn bisher als ihren Zigarrenhändler benutzten, und sogar die eigenen Verteidiger müssen sich vor ihm schücheln. Vom Strenghaus Gerzberg aus hat er Flugblätter verbreitet, in denen er sich in Schmähungen und Verhöhnungen gegen seine Umwälzer Dr. Jers und Herwig und gegen den Oberlehrer Dr. Jers aus München ergeht. Daß er von Dr. Jers, dem er 5000 Mark Annahmehonorar gezahlt, 4000 Mark als unverdient zurückverlangt, ist noch das mindeste. Herr Herwig imputirt er, daß dieser ihn zu seinem fingierten Selbstmordverbrechen habe, damit der Verhandlungstermin vertagt werde. Man wird dadurch an den Vorfall im Prozeß Althardt erinnert, wo man in der Tasche dieses Richters aller Deutschen Pulver fand, deren Ursprung räthselhaft blieb, da Althardt in Untersuchungshaft war und sie nur auf dem Wege der Einschmuggelung erhalten haben konnte. Selbstverständlich zweifelt Herr Reichsanwalt Herwig jetzt nicht mehr an dem Irrthum seines Klienten. Er will gegen die Vertreter jener Flugblätter klagen.

Zu dem von der bayerischen Staatsregierung bereits am 7. November 1892 beim Bundesrath eingereichten Antrag auf Einschränkung des Hausirhandels, der vor kurzem erwähnt wurde, verlaute jetzt, daß von dem Reichsamts des Innern eingehende Untersuchungen über den Hausirhandel angestellt sind. Als dessen hauptsächlichste Mängel sind bisher angeführt worden: Die Uebervertheilung des Publikums, die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der anständigen Detailhändler und Handwerker namentlich in den mittleren und kleineren Städten, der Anlauf von Gegenständen, die ihrem realen Bedürfnisse entsprechen und das Drängen von Handel und Industrie in eine unsolide Richtung. Inzwischen haben sich auch einige Handelskammern in ihren Jahresberichten pro 1892 über den Antrag der bayerischen Regierung gutachtlich geäußert, und zwar in abfälliger Weise. Es wird zur Einschränkung des Hausirhandels in Vorschlag gebracht, dem Hausirer für jeden Kreis, in dem er sein Gewerbe betreibt, eine kommunale Abgabe aufzuerlegen, da so am besten der ordnungsmäßige Gewerbebetrieb in den Stand gesetzt werde, mit dem Hausirer zu konkurriren. Dasselbe wird für die Handelsreisenden vorgeschlagen, die auf Grund des § 44 der Gewerbeordnung ihr Gewerbe ohne Wandergewerbeausweis ausüben, während nach dem Antrag der bayerischen Regierung diese Handelsreisenden in bestimmten Abständen zu Waare nur bei solchen Gewerbebetriebern, also nicht bei Privatpersonen, suchen dürfen, in deren Gewerbebetriebe der angebotenen Art Verwendung finden.

Der Bericht der Brienvenquente-Kommission geht in den nächsten Tagen an den Reichstagskanzler, von diesem voraussichtlich alsbald den Bundesregierungen übermittleit werden und erst nach deren Begutachtung an den Bundesrath gelangen. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Verwerthung des gewonnenen Materials für die Reichsgegesetzgebung in geringerem Maße wie für die Verwaltung in Betracht kommen möchte. Der Schwerpunkt der Reform des Brienvenwesens wird auf dem Verwaltungswege greifbare Gestalt gewinnen. Den Staaten, welche die Preußen bereits eine staatliche Aufsicht über das Brienvenwesen haben, ist daher eine leichte Handhabe geboten, die vorgeschlagenen Reformen in die Wege zu leiten.

Die in den ersten Oktobertagen für die Wintermonate neuformirte Manöverflotte, die den diesjährigen Erfolg zu seiner ersten militärischen-männlichen Ausbildung an Bord hat, hat in den letzten verfloßenen Wochen den ersten Theil ihres Winterübungsprogramms erledigt. Dieser bestand in Mitte dieses Monats in kleinen Kreuztouren in der Ostsee und Kieler Bucht, indem die einzelnen zu dem Geschwader gehörenden Panzerschiffe für sich manövrirten. Die verbleibenden Schiffe der beiden Divisionen werden jetzt in der zweiten Novemberhälfte größere Kreuztouren in der Ost- resp. Nordsee unternehmen, die sich für die Ostsee bis Memel, Pillau, Neufahrwasser u. s. w. erstrecken werden. Auch auf diesen er-

weiterten Uebungsreisen wird vor der Hand von einem Fahrten im Geschwaderverbande Abstand genommen werden. Bei eintretender ungünstiger Witterung werden sich im Dezember die zur zweiten Panzerdivision gehörenden Schiffe „König Wilhelm“, „Deutschland“ und „Friedrich der Große“ nach Wilhelmshafen zurückziehen, um hier die nöthigen Vorbereitungen an den Schiffen zu ihrer Indienststellung für die kommende Sommerübungsperiode zu treffen. Dasselbe wird mit den beiden Panzerjagzeugen der Reservedivision „Beowulf“ und „Fritzhof“ der Fall sein.

Jahresplanmäßig traf gestern der zum Bremer Lloyd gehörige Dampfer „Stettin“ in Wilhelmshafen ein, der am 29. Oktober von Kamerun abgegangen ist und die abgelösten Mannschaften von der westafrikanischen Station nach langer Abwesenheit in die Heimath bringt. Führer dieses Transports ist Korvetten-Kapitän Beder, bisher Kommandant des Kreuzers „Falk“.

Die „Braunschweiger Landes-Zeitung“ ist, wie sie berichtet, durch Zufall in den Besitz einer Druckprobe aus dem erschienenen Buche von Hans Blum „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarcks“ gelangt und theilt daraus Folgendes über die Veränderung der deutsch-russischen Beziehungen Ende der siebziger Jahre mit:

„Im Jahr 1879 war, gemäß der Abrede im Berliner Frieden, eine von den Großmächten und beteiligten Staaten beschickte Kommission in Novibazar zusammengetreten, um die dortigen Grenzengpässe abzumessen. An Ort und Stelle ließ sich bei den widerstrebenden Interessen aller Beteiligten das Richtige nicht finden. Da verlangte Russland plötzlich in drei persönlichen Briefen des Zaren (des ermordeten Alexander II.) an den Kaiser Wilhelm, daß der deutsche Vertreter in dieser Grenzengpaß-Kommission immer thun müsse, was der russische Vertreter wolle und verlange. Bismarck bedachte damals die Gasseiner Kur, welche bekanntlich ohnehin eine erhebliche Erregung der Nerven erzeugt und kam in Folge der außerordentlichen Anstrengung und Arbeitsfülle, welche diese Zarenbriefe und die daran sich anschließenden weiteren Ereignisse verursachten, fast ganz um seine Sinne. Obwohl er seine beiden Söhne bei sich hatte und mit ihnen von früh bis spät arbeitete, um die Sache zu bewältigen, warteten dabei immer noch drei bis vier Feldjäger auf Abfertigung. Kaiser Wilhelm theilte seinem Kanzler die Briefe sofort mit und lehnte auf Bismarcks dringenden Rath die Zuhaltungen des Reserven in der That auch ab, obwohl diese Zuhaltungen in immer größerer und drohenderer Form auftraten. Dennoch ließ er sich von der Zar etwa: die Einwilligung des Kaisers Wilhelm in das Verlangen des Zaren Alexander sei die Voraussetzung für das fernere Fortbestehen des Friedens zwischen beiden Völkern. Fürst Bismarck erklärte darauf dem Kaiser ungehörig: Wenn diese Worte in einer amtlichen russischen Staatschrift stünden, so würde sich ihm nichts übrig bleiben, als Sr. Majestät zu rathen, die deutschen Hereschaften gegen Russland mobil zu machen. Er bat daher Sr. Majestät, den Zaren ersuchen zu wollen, diese Angelegenheit ferner auf amtlichem Wege zu behandeln. Kaiser Wilhelm hat auch dieser Bitte seines Reichskanzlers stattgegeben. Wie schwer ihm aber dieses erste Zerwürfniß mit seinem russischen Neffen auf der Seele lastete, erhellt aus der Thatsache, daß er pölig, ohne Wissen Bismarcks, den General von Manteuffel (seinen Vertrauten) nach Alexandrowo sandte, um eine Unterredung mit dem Zaren nachzusuchen, und der alte Kaiser dann selbst den weiten Weg machte, um dorthin zu reisen. Aber auch die bezügliche Aussprache der beiden Kaiser scheint der Zustimmung nicht Herr geworden zu sein, welche in Russland vorwiegend den Fürsten Gortschakov erregt wurde. Fürst Bismarck faßte die russische Unfreundlichkeit ernst auf. Er telegraphirte an den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Grafen Andrássy, ob er ihn sprechen könne, und reiste auf zögernde Antwort sofort nach Wien. Hier gab er Andrássy Kenntniß von dem Briefwechsel der beiden Kaiser und äußerte die Befürchtung, daß ein französisch-russisches Bündniß im Werte oder gar bereits abgeschlossen sein würde. Andrássy erwiderte etwa: Gegen das französisch-russische Bündniß giebt es nur ein Gegengewicht, das deutsch-österreichische. Fürst Bismarck stimmte zu, und damit war die Hauptarbeit gethan, wenn es hinterher auch einige Mühe kostete, die beiderseitigen Monarchen für die verabredete Schöpfung zu gewinnen.“

Nun sind in dieser Darstellung doch nur einige Einzelheiten; in der Hauptsache war der Hergang schon lange bekannt. Wir geben die Mittheilung wieder, weil sie durch die Presse geht.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. November. Von kompetenter Seite wird berichtet, daß der Bericht, welchen der „Pest Herald“ über eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem Finanzminister Dr. von Fleier veröffentlicht, in mehreren Details nicht den von dem Finanzminister gemachten Äußerungen entspreche, die daher nicht richtig wiedergegeben erscheinen.

Pest, 15. November. Der Präsident der äußeren Rufen hat dem Unterhaus eine Petition seiner Wähler überreicht, in welcher das Parlament aufgefordert wird, eine gesetzgebende Aenderung dahin vorzunehmen, daß der Paragraph des betreffenden Gesetzes, durch den Konsult verbannt wird, aufgehoben werde, bezw. das Unterhaus möge Konsult wieder in den Staatsverband aufnehmen. Auf diesem Umwege will die Opposition eine Konsult-Frage aufwerfen, um die Stellung der Regierung zu erschüttern.

### Belgien.

Brüssel, 16. November. „Etoile Belge“ veröffentlicht Meldungen vom Kongo, denen zufolge der belgische Hauptmann Pontthier nach der Einnahme Kintundus die Verlegung der Feinde fortgesetzt und sie vollständig vernichtet, sowie ihren Anführer Said, den Wörder Emits, gefangen genommen hätte. Said sei zum Tode verurtheilt und erschossen worden.

### Frankreich.

Paris, 16. November. Anlässlich des in Marseille stattgehabten Attentats verlangen die Blätter das energischste Vorgehen gegen die Anarchisten. Die „Liberte“ behauptet, daß in Frankreich 2000 ausländische, der Sicherheitsbehörde bekannte Anarchisten leben, und fordert die sofortige Ausweisung derselben. Wie verlautet, wird die Regierung alsbald

nach Konstituierung der Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Ratifizierung der Beschlüsse der Münzkonferenz, vorlegen.

Paris, 16. November. In Marseille wurden in früher Morgenfrüh vierzig Anarchisten verhaftet, unter welchen man den Attentäter gegen das Kommandantur-Gebäude sucht — bis jetzt allerdings ohne Erfolg. Der Dackel der 30 Zentimeter im Geviert messenden Höllemaaschine, welcher unschädlich aufgefunden wurde, ließ erkennen, daß man es diesmal nicht mit Dynamit, sondern mit einer Mischung von Schießpulver und Nitronaphthalin zu thun hat. General Baulgremant, gegen welchen das Attentat gerichtet war, befand sich gar nicht in Marseille, sondern in Paris. Am meisten belastet erscheint bis jetzt ein italienischer Schuhmacher Carlo, der dritten Person gegenüber vor dem Attentat gestanden hatte, in zwei oder drei Tagen werde in Marseille ein großes Unglück passiren. Drei weitere Anarchisten wurden verhaftet, weil sie der Theilnahme am Bomben-Attentat von Barcelona verdächtig erschienen.

Paris, 16. November. Die erste parlamentarische Gruppe der neuen Kammer ist die der Sozialisten; aber da darin fast so viele Schulen und Meinungen als Köpfe vertreten sind, so wird die große Gruppe in mehrere kleine zerfallen. An der Spitze einer von diesen steht Jules Guesse, dem sich die Internationalisten anschließen. Einverleitet, der mit diesem nicht einverstanden ist, hat für heute die „patriotischen Sozialisten“, die von den revolutionären verächtlich „Patriotards“ geschimpft werden, zu einer Besprechung eingeladen. Die Patriotards rächen sich dafür, indem sie die Marxisten oder Guesdisten „Brufiens“ betiteln. Die meisten Sozialisten sollen mit den „Patrioten“ gehen und die Absicht haben, eine öffentliche Erklärung in diesem Sinne abzugeben.

Marseille, 16. November. In Folge der Untersuchung bezüglich der gestrigen Explosion sind neun Ausländer verhaftet worden. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß nur eine Zeit von 2 Minuten zur Ueberlegung der Bombe „g“ war. Man glaubt, daß der Explosivstoff sich in einer Konferenzenbüchse von Blech befunden habe.

### Italien.

Rom, 16. November. Die „Tribuna“ will wissen, daß der Hauptgrund der Unwesenheit Kalnoky's in Italien die veränderte Lage im Mittelmeer in Folge des Aufstiegs der russischen Flotte daselbst ist. „Diritto“ nimmt sich die überflüssige Mühe, zu erklären, daß die Reise Kalnoky's nicht kleiner territorialer Kompensationen zusammenhänge. Die offiziöse „Italia“ wiederholt kategorisch, daß dem Besuche absolut keine außerordentliche Veranlassung zu Grunde liege.

Bei dem Kammerpräsidenten sind bisher etwa hundert Interpellationen eingelaufen. Die Regierung wird vermuthlich sofort über eine derselben abstimmen lassen. Laut dem offiziellen „Parlamento“ wird General Perrone bei der Diskussion des Heeresbudgets eine Verminderung der Armee beibringen.

Die direkten Steuern bis Ende Oktober ergaben 116 Millionen (1202 000 Lire weniger als im Vorjahre). Die Konsumsteuer ergab 1853 000 Lire, die Steuer aus dem Lotto 1 681 000 Lire weniger.

Bei dem heutigen Pilgerempfang überraschte allgemein die verhältnismäßige Künftigkeit des Papstes, obgleich sein Gesicht nachsichtlich die Haltung gebogen war. Der Papst erhob sich bei der Ertheilung des Segens ohne jede Stütze, streckte mit energischer Bewegung die Arme aus, und seine Stimme wurde in dem Augenblick bis zum anderen Ende des Kirchenraums gehört. Der Anblick des großen Kirchenfürsten rührte viele Pilger zu Thränen.

Rom, 16. November. Der Papst las heute in der Peterskirche Messe vor 400 venezianischen und lombardischen Pilgern, deren Führer Monsignore Sigardi eine Botschaft verlas. Dem Empfangen wohnten die Großfürstin Katharina von Russland mit ihrer Tochter, das diplomatische Korps und ein zahlreiches Publikum bei. In seiner Antwort drückte der Papst besonders den Wunsch nach Rückkehr der Abgefallenen zur Kirche aus und wider sprach dem Vorwurfe, daß er ein Gegner Italiens sei. Er habe für das Land stets durch Gebet und Belehrung offene Hand, ohne jedoch über die beleidigten Rechte und genommenen Freiheiten der Kirche dabei schweigen zu können. Der Papst forderte in klaren Worten die Katholiken zu einmüthigem Vorgehen bei Provinzial- und Kommunalwahlen auf.

### Spanien und Portugal.

Madrid, 16. November. Ein dem spanischen Gesandten in Langer zugegangenes, in sehr freundlichstem Tone gehaltenes Schreiben des Sultans von Marokko enthält die Mittheilung, er habe seinen Bruder in Begleitung einer Kavallerie-Abtheilung abgeschickt, um die Rabaylen am Vellila aufzufordern, die Waffen niederzulegen und die Spanier an der Errichtung des Forts nicht zu hindern. In demselben Sinne hat der Sultan auch an die Führer der Riff-Rabaylen geschrieben.

### Amerika.

Washington, 16. November. Aus guter Quelle verlautet, daß der Vizepräsident, dem Plane des Präsidenten Cleveland, die Königin von Hawaii wieder auf den Thron zu setzen, zugestimmt habe.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. November. Sehr interessante populäre Experimente-Vorträge finden Sonntag, Montag und Dienstag Abend im Konzerthause statt, welche von Herrn W. Finn aus London gehalten werden. Diese Demonstrationen sind für Damen- und Herrenpublikum berechnet, vollkommen gemeinverständlich gehalten und werden durch eine ununterbrochene Reihe der brillantesten Experimente in vollendeter Form veranschaulicht, auf Grund der neuesten Forschungen und unter Anwendung der vorzüglichsten Apparate und Objekte. Jeder Abend bringt neue Demonstrationen, der erste über „Licht und Wärme“, der zweite über „Elektrizität“, der dritte über „Optik“.



stimmung bedarf, so zeigt sich doch die öffentliche Meinung bereits sehr erregt.